

Klares politisches Votum für zeitnahe Deponiesicherung

SPD-Umweltsprecher: Kämpfen für Konzept / Geld sicher

Rehburg/Münchehagen (re). Erleichterung in Rehburg: Umweltpolitiker der SPD-geführten Landesregierung haben gestern die von Behördenseite favorisierte Langzeitsicherung der Giftdeponie Münchehagen abgelehnt. Statt dessen bekräftigten sie die zeitnahe Sicherung. Die Politiker halten die von den Landesämtern für Bodenforschung und Ökologie vorgebrachten Berechnungen und Gründe für eine Langzeitsicherung „für nicht überzeugend, um von der im Herbst getroffenen politischen Entscheidung abzuweichen“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, in einer Pressekonferenz.

Entscheidung heute noch sinnvoll

Wie berichtet, betrifft die Entscheidung die vollständige seitliche Umfassung der Giftkippe, Oberflächenabdeckung, die gesamte Wasserhaltung des Deponiekörpers und den Bau einer entsprechenden Kläranlage mit Ableitung der gereinigten Deponiewässer in die Weser. Weiter soll das bisherige Projektmanagement den Landesbehörden entzogen und einer zu gründenden Landes-GmbH übertragen werden.

„Die Landtagsentscheidung ist auch heute sinnvoll und richtig.“ Der Landesregierung werde empfohlen, an der Willenserklärung festzuhalten, sagte Jüttner im Rehburger Rathaus und: „Jede Vertagung dieser Entscheidung bedeutet ein Zurückweichen von der Landtagsentscheidung.“ Dabei setzt Jüttner auf ein entsprechendes Votum des für den 20. und 21. Juni angesetzten Workshops im Münchehagen-Verfahren. „Wir werden den Landtagsgremien empfehlen, die Sache abzuschließen.“

Jüttner und der Schaumburger SPD-Landtagspolitiker, Alfred Reckmann, wiesen die von den Landesämtern vorgebrachten Gründe deshalb als nicht überzeugend zurück, weil „es keine neuen wissenschaftliche Erkenntnisse gibt“, so Reckmann: Diese Annahme der Landesämter sei falsch. „Die technischen Ratschläge der Behörden werden von uns nicht aufgenommen“, weil das Landesamt für Bodenforschung das Vorsorgeprinzip nicht genügend beachte.

Politik entscheidet, nicht Landesämter

Für Jüttner sind technische Ratschläge der Behörden weniger maßgebend als vielmehr politische Entscheidungen: Die Behörden hätten ein Beratungsrecht, aber kein Recht, über technische Maßstäbe zu entscheiden und schon lange kein Recht zu politischen Entscheidungen. Deshalb und der Landtagsentscheidung folgend, stützt Jüttner sein politisches Votum für die zeitnahe Sicherung auf das Vorsorgeprinzip, auf die Deponiegeschichte, auf die daraus entstandene klare Rechtslage (Beseitigungsanspruch) und insbesondere auf die Qualität des bundesweit bedeutsamen Mediationsverfahrens (Münchehagen-Verfahren).

„Wir werden für das Konzept und für die Durchsetzung der Entscheidung kämpfen“, unterstrich er und stellte vor Journalisten klar: „Das Land hat 168 Millionen Mark als Verpflichtungsermächtigung für die nächsten 30 Jahre bereitgestellt. Diese Finanzierung bleibt“, begegnete er skeptischen Fragen hinsichtlich leerer Landeskassen. Einflüsse des Finanzressorts auf das Verfahren gebe es nicht.

Heineking hofft auf Billigung im Kabinett

Landesbergen (re). Der CDU-Landtagspolitiker Willi Heineking zeigte sich im HARKE-Gespräch erfreut über die von ihm erfragten Äußerungen der SPD-Umweltpolitiker und erinnerte an die von SPD, CDU und Grüne gemeinsam gefaßte Entscheidung über das grobe Paket einer zeitnahen Sicherung. „Wir stehen dazu“, sagte er und hofft auf eine entsprechende Zustimmung für das am 21. Juni zu erwartende Workshopergebnis im Kabinett.

Auch der Arbeitskreis „Umwelt“ der CDU-Landtagsfraktion wird am 17. Juni Informationsgespräche mit Beteiligten am Münchehagenverfahren in Rehburg führen.

Reaktionen auf Äußerungen der Umweltpolitiker

Rehburg (re). Daß sich Mitglieder des Arbeitskreises „Umwelt“ der SPD-Landtagsfraktion so deutlich für eine zuvor gefährdete zeitnahe Sicherung der Giftkippe Münchehagen ausgesprochen haben, stieß bei den Beteiligten der Pressekonferenz im Rehburger Rathaus auf Überraschung. Die Stadtdirektoren von Rehburg-Loccum und Petershagen, Dieter Hüsemann bzw. Joachim Thiele, haben dieses Ergebnis nicht erwartet. Ebenso wenig Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro Münchehagen, Peter Thiele vom BUND Petershagen und Bürgerinitiativen, Anlieger Heinrich Brammer und die Samtgemeinde Niedernwöhren.

Hüsemann hatte zuvor jeden erneuten Expertenstreit, weitere Gutachten und damit verbundene Verzögerungen abgelehnt. Dabei stützte er sich auf die Rechtsposition der Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg: Dort schwebt das Verfahren zur Durchsetzung des Beseitigungsanspruchs der illegal errichteten und betriebenen Deponie.

Politische Glaubwürdigkeit

Joachim Thiele gab sich „sehr beruhigt“ über das Gesprächsergebnis. Demgegenüber gab sich Bredemeier noch skeptisch, der das „sehr“ erst dann akzeptieren will, wenn die Sicherungskomponenten alle umgesetzt sind. Der Vertreter der Samtgemeinde Niedernwöhren mahnte die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen in dieselbe an. Er geht aber optimistisch in die Verhandlungen des Workshops, der das Sicherungspaket schnüren will.

Bredemeier gab dem Umweltpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, Einsparungschancen auf den Weg: „Setzen Sie rasch die geplante Neustrukturierung des Projektmanagements auf der Deponie um.“ Durch bisherige Praktiken sei viel Geld zum Fenster hinausgeworfen worden. Jüttner verwahrte sich gegen den thematischen „Mißbrauch seiner Pressekonferenz.“